

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründer 1856

Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichtenverlags, Dresden, Hauptstraße 10, 1. Stockwerk. Telefon 1111. Die Zeitung erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Preis 10 Pf. (Postgebühren 2 Pf.).

Druck u. Verlag: Reich & Reichardt, Dresden, Postfach 1111, 1048 Dresden. Telefon 1111. Die Zeitung erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Preis 10 Pf. (Postgebühren 2 Pf.).

Die Landtagswahlen in Mecklenburg Absolute Mehrheit der Nationalsozialisten?

Gesamtergebnis Mecklenburg-Schwerin	Stimmrecht 10. 4. 32	SPD	NSDAP	Deutschnat.	Bürgerl. (Einheitspartei, Wähler)	DRSP	Arbeitsgem. nat. Mecklenb. (Arb. u. Bau, Gew. u. Wirtschaftl.)	and.
Landtagswahl 5. 6. 1932	447 047	107 669	26 850	175 884	7 867	32 683	7 443	947
Reichstagswahl 14. 9. 1930	—	124 022	27 844	72 033	8 090	39 874	40 412	—
Landtagswahl 23. 6. 1929	—	120 870	16 451	12 721	16 423	—	—	—
1. Wahlgang Reichspräsidentenwahl	—	—	23 804	178 076	—	—	—	—
2. Wahlgang Reichspräsidentenwahl	—	—	33 104	139 050	—	48 493	—	—

Sozialdemokraten 18 Mandate (20), Kommunisten 4 Mandate (8), Nationalsozialisten 20 Mandate (2), Bürgerl. Arbeitsgemeinschaft 1 Mandat (2), Deutschnationale 5 Mandate, Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger 1 Mandat (2), Cos. Arbeiterpartei 0 (—). (Es fehlen noch 20 Bezirke von 1500.)

Die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte umfasst die Deutsche Staatspartei und die Gruppe für Volkswohlfahrt (Meier, Oposthofenläubler, Später und Pächter). In der Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger sind die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Christlichsozialen vereinigt. Bei der Landtagswahl von 1929 gehörten ihr auch die jetzt gesondert auftretenden Deutschnationalen an.

Vielleicht noch härter als die Landtagswahlen vom vorigen Sonntag in Oldenburg, die bekanntlich auf die Entscheidung des Reichspräsidenten nicht ohne Einfluss geblieben sind, werden die heutigen Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin im In- und Ausland allgemeine Beachtung finden, ist doch inzwischen die Reichstagsneuwahl in greifbare Nähe gerückt, wodurch das Interesse an dem Stimmungsbaremeter einer Länderwahl naturgemäß eine erhebliche Steigerung erfährt. Damit verknüpfen sich die Rückschlüsse an. Die Parteien sind sich dessen bewusst gewesen. Ein in Mecklenburg-Schwerin bisher ohne Beispiel bestehender Kampf wählte in den beiden letzten Wahlen das Land bis in seine letzten Winkel auf. Die Nationalsozialisten haben Dittler, Gregor Strasser, Dr. Goebbels, Klages und Dr. Fried im Kampfe neben einem harten Aufgebot nationalsozialistischer Redner zweiter Garnitur. Die Deutschnationalen traten zum ersten Male nach langer Zeit wieder allein in einem mecklenburgischen Wahlkampf auf. Sie waren vor allem durch ihren bisherigen Fraktionsführer, den Staatsminister a. D. Dr. v. Dörren, vertreten; ferner beteiligte sich als Vertreter der bisher regierenden Nationalen Rechte der Ministerpräsident Eichenburg an der Werbekampagne für die DRSP. Die Mitte freilich schien das Spiel fast verloren zu geben; die führenden Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei und Christlichsozialen, die die „Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger“ bilden, sahen es vor, im Wahlkampf nicht zu erscheinen, nur die Volkspartei rief den früheren Reichsfinanzminister Woldehauer auf den Plan. Anders die Linke. Sie führte den Wahlkampf mit Aufbietung aller Kräfte und versuchte, auch die letzten Ereignisse in der Reichspolitik noch zu vertieren. Reichstagspräsident Brüder, der Reichsbannerführer

er Höllermann und Kultusminister Grimme stellten sich den Wählern vor. Die Sozialdemokraten scheuten weder Mühen noch Kosten und trugen besonders nach der Ernennung des Kabinetts v. Papen einen Zynismus zur Schau, der erklärte: „Jetzt haben wir eine ganz neue Situation. Sie birgt gewiß große Gefahren in sich, sie bietet aber auch der Sozialdemokratie ganz neue, unerhörte günstige Aussichten. Es ist genug, jetzt ergreifen wir die Offensive.“

Die SPD. hat ihren Rückgang nicht verhindern können; der Verlust von 17 000 Stimmen seit der letzten Reichstagswahl und von zwei Landtagsmandaten zeigt, daß sie auch in Mecklenburg in unaufrichtigem Rückgang begriffen ist. Dabei handelt es sich nicht um eine vorübergehende Erscheinung, sondern um das Absterben der marxistischen Weltanschauung. Die Nationalsozialisten haben gegenüber dem ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl nicht weniger als 37 000 Stimmen gewonnen, und zur absoluten Mehrheit fehlt ihnen nur ein einziges Mandat. Sie hat elf Mandate mehr als die SPD.

Die Deutschnationalen werden voraussichtlich nicht sinken, sondern sechs Mandate im neuen Landtag erhalten, da ihnen hierfür nur noch 217 Stimmen fehlen. Sie haben ihre Stimmenzahl von der Reichstagswahl 1930 gut behauptet, obwohl sie in Mecklenburg belastet waren durch das frühere Zusammengehen mit den Mittelparteien. Diese letzteren sind auch in Mecklenburg zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Bedauerlich ist, daß es in Mecklenburg keine Zentrumspartei gibt, denn überaus lehrreich wären die Auswirkungen der letzten Ereignisse gerade auf diese Partei gewesen. Eine Lehre aber zeigen auch die Wahlen von Mecklenburg: Es hat keinen Sinn mehr, Splitterparteien der Halbsinken und der Mitte zu wählen; die kommenden Entscheidungen liegen allein bei den großen Gruppen, die die weltanschauliche Wende im Deutschen Reich zu Trägern der Zukunft bestimmt hat.

Bei Schluß der Redaktion verlautet: Die Möglichkeit, daß der NSDAP. aus den Ergebnissen der noch ausstehenden 20 Bezirke ein weiteres Mandat zufällt, ist durchaus vorhanden. In diesem Falle würden die Nationalsozialisten wie in Oldenburg über eine absolute Mehrheit verfügen.

Die Sicherung der Kassenlage

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Juni. Da zwei Mitglieder des Reichskabinetts Berlin zu Reisen verlassen haben, nämlich der Reichsinnenminister v. Geyl, um in Ostpreußen gewisse Dinge abzuwickeln, und der Außenminister v. Neurath, der sich nach London begeben hat, um dort ebenfalls seine Dienstgeschäfte abzuwickeln, wird wahrscheinlich die nächste Kabinettsitzung erst am Dienstag stattfinden, wo die beiden Herren nach Berlin zurückgekehrt sind. Die in Berlin verbliebenen Minister und der Reichsfinanzminister werden indes bereits morgen in Ministerbesprechungen über die dringenden neuen Aufgaben eintreten. Am Sonntagabend war über die nächstliegende Frage, nämlich über den Wahltermin, noch nichts in Erfahrung zu bringen. Diese Frage wird wahrscheinlich erst am Dienstag entschieden werden.

Die dringende Aufgabe ist die Sicherung der Kassenlage des Reiches. Das Kabinett wird zweifellos daran gehen, weitere erhebliche Einsparungen zu erzielen, die u. a. durch eine wesentliche Vereinfachung der Verwaltung unterstützt werden sollen. Geht es, erhebliche Ersparnisse zu machen,

dann wird es nicht nötig sein, die 600 Millionen neuer Steuern, die in der vorbereiteten Notverordnung der vorübergehenden Regierung vorgesehene waren, in ganzem Umfang dem deutschen Volke aufzuerlegen.

Die Lausanner Konferenz wird schleunigst im Kabinett vorbereitet. Die Zusammensetzung der deutschen Delegation ist noch nicht bekannt. Nachrichtlich, nach denen sich Reichsfinanzminister v. Papen erneut bemüht habe, Dr. Brüning für die Mitarbeit in der Delegation zu gewinnen, um dessen Vorbereitungsarbeit personell mit nutzbar zu machen, wird man zunächst skeptisch gegenüberstehen müssen.

Schließlich sind wichtige sozialpolitische Maßnahmen in der Schwebe. In der Regierungserklärung ist zu lesen, daß die Sozialversicherung Bankrott sei. Auch hier wird sofort eingegriffen werden müssen, damit das Gebäude des deutschen Sozialversicherungswesens noch in letzter Minute vor dem Einsturz bewahrt werden kann. Welche Pläne im einzelnen dabei vorliegen, ist noch nicht bekannt. Die Ausföhrung eines umfangreichen Arbeitsbeschaffungsprogramms kann indes als sicher gelten. Es heißt, daß das Kabinett an diese positiven Arbeiten ohne Rücksicht auf den Wahlkampf sofort heranzugehen beabsichtigt.

Revolution in Chile

Santiago de Chile, 5. Juni. Unter der Führung des Obersten Marquardt Grove brach in Chile eine Meuterei der Kämpferkräfte aus, denen sich andere Truppenteile anschlossen. Der Aufstand hat mit dem Siege der Armee geendet, die den Staatspräsidenten Roneros gestürzt

und am Sonntagvormittag die sozialistische Republik ausgerufen hat.

Der in der Militärfliegerschule Bosque bei Santiago gebildete revolutionäre Ausschuss richtete am Sonnabend früh an die Regierung ein Ultimatum, zurückzutreten. Gleichzeitig wurde ein Dreierausschuss, an dessen Spitze der General Puga stand, beauftragt, die Macht zu übernehmen. Als die Regierung sich weigerte, schloßen sich die Truppen der Provinz der Bewegung an und verweigerten der Regierung den Gehorsam. Militärflieger überlegten die Stadt. Der Versuch des früheren Staatspräsidenten Alessandri, zu vermitteln, wurde vom Militär abgelehnt. Am Sonnabend früh trafen die Führer der Revolution unter Oberst Grove im Regierungspalast ein und zwangen Roneros, abzutreten.

Bei einem Menschenauflauf in den Straßen der Hauptstadt wurde hart geschossen, wobei es drei Tote und 61 Verwundete gab.

Die neue Regierung, die bereits gebildet worden ist, setzt sich wie folgt zusammen: Inneres: General Puga, Finanzen: Parrigue, Wehrwesen: Parrigue, Wehrminister: Grove, Unterrichts: Gonzales, Wirtschaft: Navarrete, Justiz: Pajaros, Landwirtschaft: Martinez, Wohlfahrt: Cuentas. Als härtester Mann im Kabinett gilt der Wehrminister Grove. Die Regierung hat eine Kundgebung ausgesprochen nationalsozialistischen Charakters erlassen. Sie tritt für Außenhandelskontrolle, Hebung der Wirtschaft durch Staatseingriffe ein und wendet sich hart gegen den Liberalismus und das internationale Kapital. Die Ruhe in der Stadt ist inzwischen völlig wiederhergestellt.

Nur General Puga befanden sich in dem Revolutionsausschuss noch Davila, der unter Juanes Volkshalter in Washington gewesen war, und der Großmeister der Freimaurerloge Matte.

Die Konservativen verzichten auf Wahlkampf

Berlin, 6. Juni. Die Volkskonservative Vereinigung teilt mit: Die Volkskonservative Vereinigung lehnt es ab, ihren Namen und ihre Organisation bei parlamentarischen Wahlen einzusetzen.

Die Pläne des neuen Reichsinnenministers

Aufhebung des SA- und Uniformverbots

Berlin, 5. Juni. Reichsinnenminister Freiherr v. Geyl empfing ein Redaktionsmitglied der „Ostpreussischen Zeitung“ zu einer Aussprache über die politische Lage und die nächsten Absichten des Kabinetts. Der Minister betonte zunächst, daß er guten Willens und mit Aufrichtigkeit an die ihm gewordenen Aufgaben herangehe, obwohl sie ihm erhebliche Opfer auferlege. Nur auf ausdrücklichen Wunsch des Reichspräsidenten und nach schwerwiegenden anfänglichen Bedenken sei er in das Kabinett eingetreten. Vor seinem Eintritt in das Kabinett habe er eine

Aussprache mit Geheimrat Engenberg erfaßt, in der festgestellt worden sei, daß die Deutschnationale Volkspartei dadurch dem Kabinett gegenüber nicht verpflichtet wäre, daß die Partei andererseits aber zunächst ruhig abwarten werde, wie sich die weitere Tätigkeit des neuen Reichskabinetts gestalten werde. Alle Kabinettsmitglieder hätten ihren Austritt aus dem ihnen nachstehenden Parteien erklärt. Auch sein Amt im Reichsrat habe er niedergelegt.

Auf die Frage nach dem Programm für sein Ressort, insbesondere hinsichtlich des SA-Verbots,

erklärte der Innenminister, in kürzester Zeit werde eine Neuordnung und Neufassung sämtlicher Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ergehen, durch die alle Ungerechtigkeiten gegenüber der nationalen Bewegung in ihren verschiedenen Formen aufgehoben werden würden.

Im Gegensatz zu früher werde das Kabinett nicht jede kleine Anrempelung in der Öffentlichkeit mit der ganzen Schwere seiner Machtvollkommenheit abtun; nur große Anrempelungen, besonders solche auf den Reichspräsidenten, sollen bestraft werden. Die Regie-

rung werde es sich angelegen sein lassen, nicht nur für Ruhe und Ordnung, sondern auch für das Recht und die Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers zu sorgen.

Zu der Frage der Reichstagswahl

dementiert der Minister die Gerüchte über die Aenderung des Wahlgesetzes, wie sie vom Kabinett Brüning bereits vorbereitet worden sei. Die Wahl, so betont der neue Innenminister mit allem Nachdruck, solle die unerschütterliche Willensmeinung des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen. Jede Einschränkung und Behinderung dieser Willensmeinung werde vom Kabinett abgelehnt.

Wie wir hierzu erläutern,

ist im Reichsinnenministerium bereits der Entwurf einer entsprechenden Notverordnung fertiggestellt,

der als erstes das Reichskabinett bei seinem Wiedereintritt voraussichtlich am Dienstag beschäftigen wird. Die neue Notverordnung soll zunächst alle bisherigen politischen Notverordnungen (nicht die wirtschaftlichen) aufheben und nur einige Bestimmungen in neuer Fassung enthalten. Aufgehoben würde vor allem das SA- und SA-Verbot sowie das Uniformverbot. Die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit würden in weitestem Umfang wiederhergestellt. Bestehen bleiben würden in erster Linie die Bestimmungen über Waffenbesitz und Waffentragen, ferner einige Bestimmungen, die grobe unethische Angriffe in der Presse und in Verfammlungen verhindern sollen. Auch das Kontrollrecht des Reiches über die Wehrverbände dürfte aufrecht erhalten bleiben. Mit der Veröffentlichung der Notverordnung ist Ende der Woche zu rechnen.

Mit großer Bestimmtheit wird in politischen Kreisen angenommen, daß auf die Beschäftigtensteuer nunmehr verzichtet wird. Auch die Gleichungsläne, die in dem Wahlkampf den Konflikt hielten, werden nunmehr aufgegeben.